



# „Wir drücken uns nicht vor der Verantwortung“

Susanne Hennig-Wellsow zu den Ergebnissen der dimap-Umfrage zur Landtagswahl

**Wäre am Sonntag Landtagswahl, käme die rot-rot-grüne Regierungskoalition auf 41 Prozent der Stimmen, das ergab die jüngste Umfrage von infratest-dimap im Auftrag des MDR, für die im Zeitraum vom 15. bis 19. November 1.000 Personen befragt wurden.**

Bei der letzten dimap-Umfrage im Sommer hatte die Regierungskoalition 43 Prozent erhalten, bei der Landtagswahl 2014 waren es noch 46,3 Prozent. Die CDU blieb nach den Angaben mit 32 Prozent auf gleichbleibendem Niveau und die LINKE als zweitstärkste Kraft müsste mit 23 Prozent zwei Prozentpunkte abgeben. Die AfD wurde mit 21 Prozent prognostiziert, zwei Punkte mehr, die SPD legte einen Punkt zu und erreichte 12 Prozent. Bei den Grünen wurde ein Rückgang von einem Prozentpunkt auf jetzt sechs Prozent angegeben. Die FDP wäre mit drei Prozent weit entfernt vom Einzug in den Landtag.

Interessant ist die Ergebnisse zur Frage nach der Zufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung. Immer noch 47 Prozent gaben an, „zufrieden“ (minus ein Prozentpunkt) zu sein, hinzu kommt ein weiteres Prozent, das „sehr zufrieden“ ist. Und es sind nur 26 Prozent, die es der CDU am ehesten zutrauen, die wichtigsten Probleme in Thüringen zu lösen.

Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Landespartei-Vorsitzende,

sagte: „DIE LINKE bleibt zweitstärkste politische Kraft in Thüringen und setzt sich damit auch deutlich von den Werten in den anderen Bundesländern ab. Das betrifft ebenfalls die Zufriedenheit der Menschen mit der rot-rot-grünen Landesregierung, die auch zur Halbzeit unserer Koalitionsarbeit und in Anbetracht massiver Herausforderungen überwiegt.“ Als einen „sehr mutmachenden Wert“ bezeichnete es die Politikerin, dass 31 Prozent der 18- bis 34-jährigen die LINKE wählen würden, damit wäre sie in dieser Altersgruppe Spitzenreiterin.

**Mit glaubwürdiger Arbeit und überzeugenden Ergebnissen Unentschiedene und Nichtwähler zurückgewinnen**

Die LINKE Landespolitikerin unterstrich mit Blick auf die Arbeit der rot-rot-grünen Regierungskoalition kurz vor der Halbzeit: „Wir befinden uns in einer intensiven Arbeitsphase und haben viele Aufgaben gleichzeitig zu lösen, um das Land zukunftsfest zu machen und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Thüringerinnen und Thüringer weiter zu verbessern“. Susanne Hennig-Wellsow verwies in diesem Zusammenhang auf die Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform, auf die Aufnahme und Integration der Menschen, die ins Land gekommen sind, oder auch auf die notwendigen Umstrukturierungen im Bildungsbereich und betonte: „Wir haben diese

Herausforderungen angenommen und drücken uns nicht vor der Verantwortung. Das bedeutet auch, Gegenwind auszuhalten und ein reines ‚Weiter so‘ nicht hinzunehmen.“

Bedenklich seien allerdings die Werte für die AfD, die zu wählen sich jeder Fünfte vorstellen könnte, aber gleichzeitig trauen ihr nur fünf Prozent der Befragten zu, die Probleme im Land lösen zu können. „Es gibt keine einfachen Lösungen für komplexe Probleme“, sagte die Fraktionsvorsitzende und verurteilte entschieden populistische Parolen und rassistische Hetze, die immer wieder entlarvt werden müssten.

„Wir wollen mit glaubwürdiger Arbeit und überzeugenden Ergebnissen Unentschiedene und Nichtwähler für eine demokratische Politik zurückgewinnen und lassen uns darin nicht beirren. Umfragen sind keine Wahlen. Entscheidend ist die Landtagswahl 2019.“

Abschließend sei auch darauf hingewiesen, dass die Mehrheit der Thüringer mit der Flüchtlingspolitik im Land zufrieden ist. Auf die Frage „Wie gut haben die Landesregierung und die Verwaltung die aktuelle Flüchtlingssituation im Griff?“ antworteten 53 Prozent der Befragten mit „sehr gut“ bis „gut“. 38 Prozent meinten, dass die Behörden die Lage eher weniger beherrschten. Die Befürwortung der Flüchtlingspolitik der Regierung ist unter Anhängern der Grünen am größten (72 Prozent), gefolgt von LINKEN (70 Prozent) und SPD (68 Prozent). ■

## KOMMENTIERT:

von Kati Engel

### Kindern mehr Gehör

*Der Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention war mir erneut Veranlassung, die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz zu fordern. Wenn Kinder nicht ausschließlich als Bestandteil von Familien gesehen werden, sondern auch als Rechtssubjekte mit Verfassungsrang, können ihre Interessen viel besser geschützt werden.*

*Am 20. November 1989 hatten 191 UN-Staaten die Kinderrechtskonvention unterschrieben. Sie fußt auf dem Recht auf Schutz, dem Recht auf Förderung der Entwicklung und dem Recht auf Beteiligung. Gerade Beteiligung ist Kindern enorm wichtig. Mehr als die Hälfte der Kinder in Thüringen würde gern bei Entscheidungen in ihrer Stadt bzw. Gemeinde mitreden. Aber auch mehr als die Hälfte glaubt nicht, dass ihre Meinung ernst genommen wird. Dabei fühlen sich Mädchen und Jungen, die der Auffassung sind, dass ihre Meinung ernst genommen wird, wohler als Kinder, die nicht dieser Ansicht sind. Zu diesem Ergebnis gelangt das LBS-Kinderbarometer 2016 für Thüringen.*

*Die Beteiligung junger Menschen braucht Ernsthaftigkeit durch gesetzlich verbriefte Rechte und verlässliche Strukturen sowie Kontinuität bei den Angeboten der Jugendarbeit und der politischen Jugendbildung. Hier kann Rot-Rot-Grün bereits deutliche Ergebnisse vorweisen. Mit der Absenkung des Wahlalters in den Kommunen auf 16 Jahre wurden die politischen Mitbestimmungsrechte junger Menschen deutlich gestärkt. Durch die Erhöhung der sogenannten Jugendpauschale haben wir die finanzielle Ausstattung der Kommunen zur Schaffung von Angeboten der Jugendarbeit verbessert.*

*Es ist höchste Zeit, dass Mädchen und Jungen die Teilnahme und Beteiligung an demokratischen Prozessen ermöglicht wird. Mit der „Landesstrategie Mitbestimmung“ wollen wir die direkten Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen verbessern und sie ermutigen, ihre Ideen und Erfahrungen aktiv einzubringen. Denn das ist es, was eine demokratische Gesellschaft braucht und ausmacht. Die Rechte der Kinder müssen aber auch auf Bundesebene gestärkt werden. Nach 27 Jahren UN-Kinderrechtskonvention ist es höchste Zeit, Kinder ernst zu nehmen und die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern.* ■

## AKTUELL

### Wahl der Mitglieder der Bundesversammlung

**Die Abgeordneten der LINKEN haben beschlossen, dem Landtag folgende Kandidaten für die Bundesversammlung vorzuschlagen, die im Februar kommenden Jahres über die Nachfolge von Bundespräsident Joachim Gauck entscheidet:**

Bodo Ramelow, Thüringer Ministerpräsident, Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Partei DIE LINKE Thüringen und Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag, Semiya Şimşek Demirtas, Sandro Witt, Luc Jochimsen, Landolf Scherzer.

Sabine Berninger, MdL, DIE LINKE, soll erste Stellvertreterin sein, und Jens Petermann ist für die zweite Stellvertretung vorgesehen. Damit umfasst der Wahlvorschlag neben

Politikerinnen und Politikern aus der Linkspartei exponierte Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen: Sandro Witt ist stellvertretender Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen. Gewerkschafter wie er repräsentieren in der Auseinandersetzung um soziale Gerechtigkeit und gerechte Verteilung von Vermögen einen starken Teil der Arbeitnehmerschaft.

Landolf Scherzer gehört zu den bekanntesten Autoren aus Thüringen, der in seinen Reportagen u.a. Brüche und Entwicklungen im Land beschreibt.

Semiya Şimşek Demirtas, Tochter des ersten Opfers des Nationalsozialistischen Untergrunds, steht für die Aufklärung der Verbrechen und für die Mahnung, Konsequenzen aus den NSU-Verbrechen zu ziehen. Sie ist Ne-

benklägerin im NSU-Prozess und hat mit ihrer Rede auf der zentralen Gedenkfeier in Berlin im Februar 2012 für die NSU-Opfer-Familien gesprochen.

Luc Jochimsen ist renommierte Journalistin, war langjährige Chefredakteurin beim Hessischen Rundfunk, ehemalige Bundestagsabgeordnete der Linkspartei und Kandidatin der LINKEN für das Amt des Bundespräsidenten 2010.

„Wir möchten Menschen in der Bundesversammlung eine Stimme geben, die nachhaltige Wirkung in die Gesellschaft haben, zum Teil hohe persönliche Verluste erfahren haben und sich bei drängenden Themen mit hohem persönlichen Einsatz engagieren“, fasste Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, zusammen. ■

## KURZ UND PRÄGNANT

### Thüringen ist familienfreundlich

„Es geht heute mehr um Qualität und eine familienorientierte Personalstrategie, um Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes, gute Entlohnung und individuelle Lösungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, sagte Ina Leukefeld, LINKE-Arbeitsmarktpolitikerin, zur Netzwerkkonferenz Thüringer Allianz für Familie und Beruf am 24. November in Erfurt. Wie Familienministerin Heike Werner feststellte, sind die Rahmenbedingungen für Unternehmen und Beschäftigte in Thüringen günstig. Es gibt eine verlässliche Kinderbetreuung und familienfreundliche Kommunen. Die Zahl der Beschäftigten steigt und Thüringen ist bei der Erwerbsquote von Frauen Spitze in Deutschland.

Vor allem die Unterstützung von Alleinerziehenden bei Ausbildung, Qualifizierung und Arbeit sollte stärker in den Mittelpunkt gestellt werden, so die Landtagsabgeordnete. Die Gleichstellung von Frau und Mann hinsichtlich der Betreuung von Kindern oder bei der Pflege von Familienangehörigen erfordert nicht nur Verständnis vom Arbeitgeber, sie sei auch eine Herausforderung für die Familien und die gesamte Gesellschaft.

Frauen in Thüringen sind gern erwerbstätig, oft auch wegen der ökonomischen Unabhängigkeit vom Partner. So arbeiten zwar überdurchschnittlich viele Frauen in Thüringen in Teilzeit, auch um mehr Zeit für die Familie zu haben, aber eine Studie hat gezeigt, dass 64 Prozent von ihnen das unfreiwillig tun. ■

### Freude über Nachwuchs in der Linksfraktion



Zu Beginn der Fraktionssitzung am 23. November Gratulation für Kati und Thomas Engel, die ihr zweites Kind bekommen haben. Auf ihren Bruder Aviv Meir, der am 5. Oktober geboren wurde, ist die zweijährige Tochter Shira Golganz stolz. Dank auch der tatkräftigen Unterstützung ihres Mannes kann Kati Engel jetzt wieder einsteigen in die Arbeit als Sprecherin der Fraktion für Ausbildung sowie Kinder- und Jugendpolitik.

Foto: Diana Glöckner ■

# EU-Abgeordnete der Linksfraktion in Erfurt

Im Thüringer Landtag u.a. zu Herausforderungen linker Regierungsbeteiligung diskutiert

**Abgeordnete der Linksfraktion des Europaparlaments (GUE/NGL) haben am 17. November im Plenarsaal des Thüringer Landtags auf einer erweiterten Fraktionsvorstandssitzung Erfahrungen und Herausforderungen linker Regierungsbeteiligungen und die Integration von Migranten beraten und diskutiert.**

Nach der Eröffnung durch die Thüringer EU-Abgeordnete Gabi Zimmer, Präsidentin der Linksfraktion GUE/NGL, waren die Europaparlamentarier gespannt auf die Berichte zur ersten Regierungskoalition unter einem LINKEN Ministerpräsidenten in Deutschland.

„Wir setzen unsere Schwerpunkte auf Bildungsgerechtigkeit, spürbare Fortschritte in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, bei der öffentlichen Daseinsvorsorge und nicht zuletzt für mehr Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie“, hatte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag, auf den rot-rot-grünen Fahrplan verwiesen.

Allerdings beschränke sich die DIE LINKE nicht aufs Regieren und eine kritische Bewegung dahinter sei sehr wichtig. Dabei gehe eine Dreier-Koalition nur auf Augenhöhe, hatte Ministerpräsident Bodo Ramelow betont und



auf die Anstrengungen der Landesregierung verwiesen, „damit dieses Land auch im Jahr 2020 noch handlungsfähig ist“.

Nach der Diskussionsrunde zum Umgang der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten mit Flucht, Migration und Asyl ging es bei der öffentlichen Podiumsdiskussion am Abend gemeinsam mit spanischen und portugiesischen Europaabgeordneten um aktuelle Herausforderungen für die Linke in Spanien und Portugal. Am nächsten Tag besuchten die EU-Abgeordneten die Gedenkstätte Buchenwald und gedachten der Opfer des Nationalsozialismus. Anschließend fand eine Debat-

te mit Wissenschaftlern über das „Europäische Erbe Buchenwalds und den heutigen Kampf gegen die extreme Rechte“ statt.

Die Linksfraktion GUE/NGL im Europaparlament (deutsch: Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke) besteht aus 52 Abgeordneten, aus 19 Delegationen und Unabhängigen aus 14 EU-Mitgliedstaaten. Gabi Zimmer ist seit 2012 Fraktionsvorsitzende.

Die größten Delegationen sind DIE LINKE aus Deutschland, Podemos und Izquierda Plural aus Spanien, die griechische SYRIZA und die irische Sinn Féin. ■

## MDR-Staatsvertrag zügig novellieren

Der MDR-Staatsvertrag muss zügig novelliert werden. Dieser Aufgabe müssen sich die drei MDR-Sitzländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gemeinsam stellen und rasch zu einer Vertragsreform kommen - so lautete das Fazit eines gemeinsamen Treffens der medienpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen von DIE LINKE (MdL André Blechschmidt), SPD (MdL Dr. Werner Pidde, MdL Holger Hövelmann, MdL Dirk Panter) und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (MdL Madeleine Henfling, MdL Dr. Claudia Maicher) aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

An der Beratung im Landtag in Erfurt hatten auch der Thüringer Staatssekretär für Medien, Malte Krückels, Prof. Dr. Gabriele Schade als Mitglied des MDR-Rundfunkrats, der Thüringer Landesfunkhausdirektor Boris Lochthofer und der Medienrechtler Prof. Dr. Dieter Dörr teilgenommen. Novellierungsbedarf sehen die mitteldeutschen Medienpolitiker vor allem im Hinblick auf eine veränderte Besetzung der MDR-Gremien. In Anlehnung an das Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Staatsferne des ZDF soll künftig auch die Gremienzusammensetzung beim MDR von größerer Staatsferne und Pluralität gekennzeichnet sein. Zudem müssten bei der Novellierung des Staatsver-

trags Fragen der Digitalisierung und der Trimedialität berücksichtigt werden. Auf der Basis eines solchen modernen Staatsvertrags könne der MDR zukunftsfähig aufgestellt werden.

Einig sind sich die Medienpolitiker auch darin, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk hohe Relevanz für den freien Zugang aller Bürger zu glaubwürdigen Informationen besitze. Die Demokratie sei angewiesen auf informierte und entscheidungsfähige Bürger. Der Medienrechtler Prof. Dieter Dörr zitierte in diesem Sinne den ehemaligen ZDF-Justiziar, Prof. Dr. Carl-Eugen Eberle, welcher bemerkte, dass Bürgerinnen und Bürger „Inseln der Glaubwürdigkeit“ benötigten und dass dies umso mehr angesichts der Herausforderungen des digitalen Zeitalters gelte.

Thematisiert wurde auch eine erweiterte Definition des kulturellen Auftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, welcher sich noch stärker der Vermittlung von gemeinsamen demokratischen Grundwerten widmen sollte. Das gelungene Fachgespräch am 17. November wurde als Auftakt für regelmäßige Diskussionsformate verstanden, bei denen zukünftig gemeinsam über wichtige Themen und Herausforderungen der Medienentwicklung beraten werden soll. ■

## Guter Entwurf für Inklusion im Schulgesetz

„Entgegen allen Unkenrufen hat das Bildungsministerium einen ausgewogenen und zukunftsweisenden Vorschlag zur Umsetzung des Menschenrechts auf inklusive Beschulung vorgelegt“, so MdL Torsten Wolf nach der Vorstellung des Inklusionsteils des neuen Schulgesetzes im Inklusionsbeitrag. „Einerseits wird inklusive Beschulung als Prinzip festgeschrieben, andererseits den Schulen die Entwicklung hin zu inklusiven Schulen als Prozess ermöglicht. So ist die Beschulung an den Förderzentren nur noch bei manifestem und dauerhaftem Förderbedarf in den Bereichen geistige Entwicklung, Hören und Sehen sowie motorische Entwicklung vorgesehen. Schüler können auch zukünftig am Förderzentrum beschult werden, wenn die personellen und sächlichen Voraussetzungen für den gemeinsamen Unterricht nicht vorhanden sind. Neben der Einstellung zusätzlicher Förderpädagogen, die wir als LINKE unterstützen, werden wir uns auch für die Verdoppelung der Zahl der Schulpsychologen und mehr Schulsozialarbeit stark machen. Dies alles sind ausgehandelte Teile des Koalitionsvertrages, die bei hervorragender Haushaltslage nun endlich auch mit dauerhaften Stellen unteretzt werden müssen. Hierfür sollten Rücklagen aus den Überschüssen gebildet werden.“ ■

# Teilhabe statt Ausgrenzung

Auf Antrag der Linksfraktion befasste sich der Landtag mit dem Bundesteilhabegesetz

**Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE befasste sich der Thüringer Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde am 10. November mit dem Thema „Bundesteilhabegesetz – so nicht! Konsequenzen für Thüringen?“. Was die Bundesregierung bisher vorgelegt habe, so die gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Karola Stange, in ihrer Rede, bleibe dem alten Fürsorgerecht verhaftet und widerspreche in weiten Teilen der UN-Behindertenrechtskonvention.**

Forderungen aus Verbänden, Selbsthilfevertretungsorganisationen, Gewerkschaften oder Schwerbehindertenvertretungen hätten im Gesetzentwurf keinen Eingang gefunden. Die Abgeordnete verwies auf Enttäuschung und Ärger, „aber auch Solidarität, vielfältige kreative Aktionen sowie klare Positionierungen“ und sie nannte die Stichworte #NichtMeinGesetz“, „#TeilhabeStattAusgrenzung“, „Teilhabe jetzt!“ oder „Nachbesserung jetzt!“.

Die Linksfraktion habe in den letzten Monaten verstärkt Gespräche geführt und „wir werden uns auch auf Bundesebene weiterhin darum bemühen, dass die Forderungen der Vereine und Verbände noch mit aufgenommen werden“. Zwar gebe es auch positive Aspekte im Entwurf für das Bundesteilhabegesetz, wie die Verordnung für Frauenbeauftragte in den Werkstätten oder das Budget für Arbeit, aber vieles bleibe eben unberücksichtigt. Eine wesentliche Kritik beziehe sich auf das sogenannte Zwangspoolen, was in der Konsequenz bedeute, dass alle, die in einer Wohngruppe leben, Unternehmungen gemeinsam planen müssten, einen Kinobesuch etwa oder zum Einkauf. „Ich denke, das hat mit Selbstbestimmung und mit eigenständiger Lebensweise nichts zu tun“, betonte Karola Stange. Der Gesetzentwurf nehme das Recht auf freie Wahl von Wohnort und Wohnform. Er beinhalte kein Teilhabegeld, wie es lange gefordert wird, und die Regelung, dass Menschen in

fünf von neun Lebensbereichen Einschränkungen aufweisen müssen, um überhaupt Leistungen zu bekommen, werde viele Menschen ausgrenzen.

Entsprechend kam auch Kritik von der Thüringer Sozialministerin Heike Werner (LINKE). Wenngleich sie es zunächst begrüßte, dass die Eingliederungshilfe stärker auf den einzelnen Menschen zugeschnitten werden soll. Dem stehe gegenüber, dass z.B. „die Leistungsbeschränkungen für in Ein-



*In Teilen harsche Kritik am Gesetzentwurf der Bundesregierung gab es auch beim Thüringer Sozialgipfel am 27. Oktober im Landtag.*

richtungen der Behindertenhilfe lebende pflegebedürftige Menschen weiterhin beibehalten werden. Einkommen und Vermögen werden auf die Eingliederungshilfe angerechnet. All dies führt dazu, dass Menschen mit Behinderung weiterhin als Gegenstand staatlicher Fürsorge behandelt werden. Das ist sehr bedauerlich“. Offensichtlich habe die Bundesregierung „dem Spaziel den Vorrang vor der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben gegeben“, so die Ministerin, die die Notwendigkeit eines individuellen finanziellen Nachteilsaus-

gleichs hervorhob. „Nur dadurch gewinnen Menschen mit Behinderung die volle Souveränität über ihr Leben. Aus diesen Gründen haben wir die Bundesregierung aufgefordert, den Gesetzentwurf nachzubessern.“

## Das widerspricht der Inklusion

Dazu habe die Landesregierung im Bundesrat konkrete Vorschläge unterbreitet und einen Entschließungsantrag eingebracht mit folgenden Forderungen: Einführung eines vom Bund finanzierten Bundesteilhabegeldes; keine Leistungsbeschränkungen für in Einrichtungen der Behindertenhilfe lebende pflegebedürftige Menschen; Fahrplan für den vollständigen Ausstieg aus der Anrechnung von Einkommen und Vermögen; Verdopplung der Höhe der zu zahlenden Ausgleichsabgabe bei Arbeitgebern, die keinen schwerbehinderten Menschen beschäftigen.

Abschließend sagte Ministerin Heike Werner: „Der Staat hat den Auftrag, die Voraussetzungen für gleichberechtigte Teilhabe zu schaffen. Ein wie auch immer gearteter Eigenbeitrag der Berechtigten beinhaltet eine Relativierung dieses Auftrags. Menschen mit Behinderung, die beruflich erfolgreich sind, werden somit für ihre Fähigkeiten und Anstrengungen benachteiligt.“

Menschen ohne Behinderung müssen demgegenüber keine vergleichbare Abgabe leisten. Das widerspricht dem Grundsatz der Inklusion, dem das Gesetz eigentlich folgen möchte. Unter anderem aus diesen Gründen ist der Gesetzentwurf zwingend nachzubessern. So habe ich auch Frau Stange verstanden, die gesagt hat: Wenn es keine grundsätzlichen Änderungen am Gesetzentwurf gibt, gibt es die Aufforderung an die Thüringer Landesregierung, dann dem Gesetzentwurf nicht zuzustimmen. Als Freistaat Thüringen werden wir natürlich diesen Prozess weiterhin kritisch und konstruktiv im Sinne der Menschen mit Behinderung begleiten.“ *A. Rudolph*

## VON A BIS Z:

### Demokratie-Ranking

Im neuen Länder-Ranking zur direkten Demokratie, das Mehr Demokratie am 16. November in Berlin vorgestellt hat, nimmt Thüringen auf der kommunalen Ebene den Spitzenplatz ein. Dank des am 8. November in Kraft getretenen Regelwerks für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide bekommt Thüringen die Note 1,6 und zieht an Bayern vorbei auf Platz 1. Beim Ranking 2007 war Thüringen noch das Schlusslicht unter den Bundesländern. „Das Engagement vieler Menschen, die für ihre Rechte eingetreten sind, und der Landtag, der sich hat bewegen lassen – das hat Thüringen nach vorn gebracht“, so Ralf-Uwe Beck, Vorstandssprecher von Mehr Demokratie Thüringen.

„Der von den rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen mit Mehr Demokratie Thüringen zu Ende gebrachte Reformschritt ist ein voller Erfolg mit Vorbildfunktion. Nun muss aber auch dringend für die Landesebene nachgebessert werden“, sagte die LINKE-Abgeordnete Anja Müller. Der Volksbegehrensbericht von Mehr Demokratie habe sehr deutlich gemacht, „dass der so genannte Finanzvorbehalt, vor allem in der in Thüringen besonders strengen Version, ein großes Hindernis für eine tatsächlich wirksame Bürgermitbestimmung in Thüringen ist“. Die Landespolitikerin verwies in diesem Zusammenhang auch auf das Verbot, über Abgaben abzustimmen. Daher müsse in der nächsten Reformrunde das so genannte Finanztabu mit angegangen werden. ■

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Die nächsten und letzten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags für dieses Jahr sind anberaumt von Mittwoch, den 7. Dezember, bis Freitag, den 9. Dezember.

Im neuen Jahr beginnt der Landtag mit Sitzungen (jeweils mittwochs ab 14.00 Uhr und donnerstags und freitags ab 09.00 Uhr) an folgenden Terminen: 25. bis 27. Januar, 22. bis 24. Februar und 22. bis 24. März.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Tagungen auf der Besuchertribüne im Erfurter Landtag bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de) ■

## Digital-Konferenz

Die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen laden in den Thüringer Landtag ein zur Konferenz „Thüringen. Digital. Gesellschaft“ am Montag, den 12. Dezember, 10 bis 17 Uhr, Raum F 125/125a. Dabei soll das Thema „Digitale Gesellschaft“ auf verschiedenen Ebenen beleuchtet werden, stehen Problemanalysen und Lösungsoptionen für die verschiedenen Lebensbereiche im Mittelpunkt. Die Konferenz beginnt mit Impulsreferaten zu den einzelnen Problemfeldern. Im Anschluss daran soll in fünf Workshops vertieft diskutiert werden, um Handlungsoptionen für Thüringen zu entwickeln, kündigen die Netzpolitikerinnen Katharina König (LINKE), Dorothea Marx (SPD) und Madeleine Henfling (Grüne) an. ■

## Vergabegesetz

Erstaunt zeigte sich Dieter Hausold, Wirtschaftspolitiker der Linksfraktion, über Äußerungen des CDU-Abgeordneten Mario Voigt zum Thüringer Vergabegesetz. „Wider besseres Wissen behauptet er, dass im Wirtschaftsausschuss die Evaluationsergebnisse zum Vergabegesetz vorgelegt wurden. Aber das Wirtschaftsministerium hatte darauf verwiesen, dass die Auswertung noch nicht abgeschlossen sei, es also auch noch keine Ergebnisse geben könne. Rot-Rot-Grün wird im ersten Halbjahr 2017 ein Tarifreue- und Vergabegesetz vorlegen, welches Bürokratie abbaut und trotzdem an den wichtigen sozialen, ökologischen und innovativen Standards, wie sie die EU-Vorgaben vorsehen, festhält.“ ■

## Unfallstatistik

Von Januar bis August erfasste die Thüringer Polizei 37.097 Straßenverkehrsunfälle. Das waren nach Mitteilung des Landesamtes für Statistik 1,6 Prozent mehr als im vergleichbaren Zeitraum 2015. Bei 4.373 Unfällen kamen Menschen zu Schaden (- 5,0 Prozent), 71 Personen verloren ihr Leben (4,1 Prozent weniger als in den ersten acht Monaten 2015). Schwerverletzt wurden 1.326 Personen (- 5,9 Prozent) und leichtverletzt 4.307 Personen (- 6,1 Prozent). Im August 2016 ereigneten sich auf Thüringer Straßen insgesamt 5.012 Unfälle. Das waren 243 Unfälle weniger als im August 2015. Die Anzahl der Unfälle mit Personenschaden erhöhte sich um 5,1 Prozent, 13 Menschen wurden getötet. ■

## KURZ UND PRÄGNANT

### Verlässliche Hilfe

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen am 25. November hat sich MdL Karola Stange für die Wiederinstallation einer entsprechenden Koordinierungsstelle auf Landesebene ausgesprochen. Diese sei dringend notwendig, um die Arbeit der Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen sowie die Gewaltkonfliktberatung für Täter bedarfsgerecht zu sichern. Jede dritte Frau ist laut EU-Angaben schon einmal Opfer von häuslicher oder sexueller Gewalt geworden. Doch obwohl es so viele Betroffene in allen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten gibt, ist Gewalt an Frauen nach wie vor ein Tabuthema. Allein in Thüringen gab es im Jahr 2015 rund 3.000 Einsätze und Maßnahmen aufgrund häuslicher Gewalt. „Die Arbeit in Schutzeinrichtungen und Beratungsstellen muss weiterhin sichergestellt werden. Dabei müssen Frauen mit Behinderungen, ältere Frauen und Migrantinnen stärker berücksichtigt werden.“ Wichtig sei auch die Barrierefreiheit in kommunalen Frauenhäusern und Zufluchtsorten. Das bundesweit angebotene Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen mit anonymer und kostenfreier telefonischer Beratung ist unter 0800 116 016 zu erreichen. ■

### „Studie“ zur Reform

„Die immer wieder zitierte Studie zu Gebietsreformen – vom „ifo-Institut Center for Economic Studies (CES)“ – ist lediglich ein Aufsatz und bei anerkannten Verwaltungswissenschaftlern höchst umstritten“, so MdL Frank Kuschel. Bei dem Autor handele sich um einen Doktoranden, der für die FDP zur Landtagswahl 2009 in Thüringen kandidiert habe. Der knapp ein Dutzend Seiten umfassende Aufsatz „Sparen Gebietsreformen Geld – Ein Überblick über aktuelle Studien“ sei Grundlage gewesen für eine Stellungnahme im Anhörungsverfahren zum Vorschaltgesetz für die Gebietsreform in Thüringen. „Erst die CDU hat am 17. September in einer Pressemitteilung daraus eine Studie gemacht. Das ist mehr als unseriös“, kritisierte der Kommunalexperte. Der Aufsatz widerspiegeln nur fünf Prozent der Auffassungen aus der bundesweiten Wissenschaft. So hätten Untersuchungen zu den Gebietsreformen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sehr wohl Effizienzgewinne ergeben. „Höchste Zeit, dass wieder Sachlichkeit einzieht. Dazu empfehle ich die Stellungnahmen des Landesrechnungshofs, des Bundes der Steuerzahler und der Wirtschaftsverbände im Rahmen des Anhörungsverfahrens.“ ■

# Neue Bestattungs- und Friedhofsformen

## Thüringer Gesetz zur Änderung bestattungsrechtlicher und waldrechtlicher Vorschriften

**Das „Thüringer Gesetz zur Änderung bestattungsrechtlicher und waldrechtlicher Vorschriften“ hat der Landtag in der November-Plenarsitzung beschlossen. Vorausgegangen waren eine mehrstündige öffentliche Anhörung im August sowie eine Diskussion im Online-Forum des Landtags.**

Die Linksfraktion, die sich bereits in der Vergangenheit für entsprechende Änderungen stark gemacht hatte, betonte: In einer pluralistischen und multikulturellen Gesellschaft muss auch Platz sein für unterschiedliche und differenzierte Trauerrituale und Bestattungsformen – soweit sie die Achtung vor einer würdigen Totenruhe beachten.

Schon seit einigen Jahren wünschen sich immer mehr Menschen naturnähere Bestattungsformen, vor allem die Möglichkeit der Beisetzung in einer Waldumgebung. Zu Anfang haben sich Privatfirmen als Lobby-Protagonisten für diese Konzeption hervorgetan. Mit Blick auf Allgemeinwohlinteressen und Gleichbehandlungsgrundsätze soll das Bestattungswesen aber nicht kommerzialisiert werden.

Daher ist es an der Zeit, das Thüringer Bestattungsrecht formal für diese neuen Bestattungs- und auch Friedhofsformen – in öffentlicher Trägerschaft – zu öffnen. In anderen Bundes-

ländern bestehen diese Möglichkeiten schon und in Thüringen hat das Verwaltungsgericht Weimar schon vor einiger Zeit diese naturnähere Bestattungsform in der Organisationsform eines „Waldfriedhofs“ gerichtlich für Thüringen als zulässig und mit den Grundsätzen des Bestattungsrechts für vereinbar erklärt. Das von der Landesregierung vorgelegte und jetzt beschlossene Gesetz nimmt auch diesen Stand der Rechtsprechung auf und entwickelt ihn weiter.

### Trauer- und Gedenkkultur sind vielfältig, das zeigt auch der Blick in andere Staaten

Frank Kuschel (LINKE) war in seiner Rede auch auf die in der Debatte geäußerte Befürchtung eingegangen, „dass die jetzige Bestattung von Urnen im Wald und die klassischen Friedhöfe in einer Art Konkurrenz stehen, die Auswirkungen auf die Gebührenkalkulation und Gebührenhöhe hätte“. Dies sei aber nicht nachzuvollziehen, da „bereits jetzt Friedhöfe keine kostendeckenden Einrichtungen sind. Das heißt, die Kommunen erheben keine kostendeckenden Gebühren (...) weil Friedhöfe eben auch ein Kulturgut sind im öffentlichen Interesse“.

Die Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit durch Abwanderung, demografische Entwicklung „haben viel

stärkere Auswirkungen auf die Inanspruchnahme der klassischen Friedhöfe als die jetzige Möglichkeit, Urnen im Wald zu bestatten“, sagte der Abgeordnete. „Insofern ist das eine sehr theoretisch-abstrakte Debatte. Da werden Befürchtungen geäußert, die mit der kommunalen Praxis nur ansatzweise etwas zu tun haben.“

Dann sprach der Kommunalpolitiker der Linksfraktion zu dem von den rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen vorgelegten Entschließungsantrag zum Gesetzentwurf der Landesregierung: „Er ist die Reflexion dessen, dass mit der jetzigen Gesetzesänderung aktuelle, vor allem rechtliche Probleme gelöst werden, aber die Debatte über die Vielfalt von Bestattungskultur nicht abgeschlossen ist, weil sie sich weiterentwickeln wird.“

Trauer- und Gedenkkultur seien vielfältig „und werden sicherlich noch vielfältiger. Das zeigt auch der Blick in andere Staaten. Die sind viel breiter aufgestellt, was Bestattungsrituale und die Art des Trauerns und des Gedenkens betrifft. Insofern ist dieser Entschließungsantrag nur folgerichtig und wird dazu führen, dass wir uns im Thüringer Landtag absehbar, wenn dann die Landesregierung Ende 2017, spätestens im Frühjahr 2018 hier berichtet hat, sicherlich noch in dieser Legislaturperiode nochmals mit diesem Thema zu befassen haben.“ ■

## Mitbestimmung ist unverzichtbar



„Die zunehmende direkte Behinderung von Betriebsratsarbeit, die Förderung des Outsourcings von Betriebsabläufen sowie entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die massive Zunahme von Leiharbeit und Werkverträgen in der bundesdeutschen Wirtschaft und die zunehmende psychische Belastung der Beschäftigten machen einen Neuanfang in der Betriebsverfassung notwendig.“

Das hat Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag,

den Redebeiträgen während der Veranstaltung „Ahoi Mitbestimmung“ am 25. November in Berlin entnommen, wo sich Betriebs- und Personalräte aus der ganzen Republik auf Einladung der Bundestagsfraktion DIE LINKE zusammengefunden hatten, um über die Möglichkeiten einer Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes zu beraten.

Dabei ging es darum, den Abgeordneten der LINKEN Argumente in die Hand zu geben, wie Mitbestimmung sinnvoll erweitert werden muss. Rainer

Kräuter sagte dazu: „Wir erleben in Thüringen, wie Beschäftigte, die sich für ihre Kolleginnen und Kollegen in Betriebs- und Personalräten stark machen, von Arbeitgebern bzw. direkten Vorgesetzten massiv unter Druck gesetzt werden und ihre Aufgaben kaum lösen können. Das endet im Extremfall damit, dass Konzernteile verschenkt werden, um Mitglieder des Gesamt- und Konzernbetriebsrates loszuwerden. Erinnert sei hier an den OBI-Markt in Sömmerda.“

Der Gewerkschaftspolitiker weiter: „Immer öfter berichten Gewerkschaftsmitglieder oder auch Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretäre, dass schon die Gründung eines Betriebsrates durch massive Einschüchterung der Beschäftigten verhindert wird.“

Abschließend spannte Rainer Kräuter den Bogen zu den Beamtinnen und Beamten und den Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst in Thüringen: „Hier sind wir als Landespolitiker in Thüringen gefragt, so schnell wie möglich ein novelliertes Thüringer Personalvertretungsgesetz zu erarbeiten, das im Vergleich der Länder einen Spitzenplatz einnimmt. Da sehe ich eine Regierung unter einem linken Ministerpräsidenten in einer Vorreiterrolle, die ich unterstütze.“ ■

## DAS THEMA

# Großes Interesse an der #r2g Kulturwerkstatt

Am 15. November hatten die drei kulturpolitischen Sprecherinnen der Koalitionsfraktionen Katja Mitteldorf (DIE LINKE), Dorothea Marx (SPD) und Madeleine Henfling (Bündnis 90/Die Grünen) zur 1. Thüringer #r2g Kulturwerkstatt in den Landtag nach Erfurt eingeladen, um mit Kulturakteurinnen und -akteuren über Visionen und Grenzen eines Kulturgesetzes für Thüringen zu debattieren.

„Mit fast 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war die Resonanz überwältigend, was uns in die Lage versetzte, wirklich diskursiv und auch kontrovers ins Gespräch zu kommen und die Interessen der einzelnen Kulturbereiche breit mit in die Diskussion aufzunehmen“, resümierte Katja Mitteldorf nach der etwa siebenstündigen Veranstaltung.

„Wir als Initiatorinnen haben uns auch besonders über die Bereitschaft von Olaf Zimmermann, dem Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, gefreut, unsere Veranstaltung durch ein Inputreferat zu unterstützen“, so die Abgeordnete weiter. Zimmermann, der

**MdL Katja Mitteldorf: „Partizipation ist auch in Sachen Kultur keine Floskel“**

zeigte dabei auch die Grenzen in der praktischen Umsetzung auf: „Auch ein Kulturgesetz wird nicht plötzlich für mehr öffentliche Mittel sorgen und auch ein Kulturgesetz wird die Kulturpolitik nicht der Aufgabe entheben, das eine zu fördern und das andere nicht.“ Dennoch outete er sich als großer Befürworter eines Kulturgesetzes für Thüringen, denn es könne „Bedingungen zur Mittelvergabe beschreiben und es könnte auch Regelungen vorsehen, wie das Land die Kommunen in der Kulturförderung unterstützt“.

Gerade diese Aspekte diskutierte Olaf Zimmermann im Laufe der Veranstaltung mit Thüringens Kulturminister Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff sehr lebhaft. Dabei ging es ebenso um die Tatsache, dass Kulturförderung als Begriff nicht ausschließlich etwas mit finanziellen Rahmenbedingungen zu tun hat, sondern auch weit darüber hinaus ein ideeller, ein identitätsstiftender Wirkungsmechanismus für eine Gesellschaft ist.

„Gerade da liegt übrigens als Gesetzgeber auch ein wenig die Krux und die Schwierigkeit in der politischen Debatte“, räumt Katja Mitteldorf ein. „Wir müssen natürlich immer abwägen, was

wir aus den Diskussionen tatsächlich in einen Gesetzestext gießen können und was als gesamtgesellschaftliche Aufgabe per Gesetz eben nicht verordnet werden kann“, so die LINKE-Politikerin. Mit diesen und anderen The-

mengebieten rund um die Rechtstellung von Kultur, kulturelle Bildung, kulturelle Infrastruktur, Teilhabe und Partizipation sowie das Stadt-Land-Gefälle beschäftigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in intensiven

Workshopdiskussionen. Die Thüringer #r2g Kulturwerkstatt ist der vorläufige Abschluss einer Themenreihe, welche mit einer Zukunftswerkstatt in Sondershausen begann.



nes Eckpunkteapiers einfließen wie die Ergebnisse der vier Workshops der Kulturwerkstatt. „Wir wollen Anfang des Jahres 2017 soweit sein, ein Eckpunktepapier erarbeitet und politisch bewertet zu haben, welches wir dann in die parlamentarische Debatte geben können“, erklärt die Kulturpolitikerin der Linksfraktion, Katja Mitteldorf.

Für sie stehe fest, dass die Umsetzung des Koalitionsvertrages und die Stärkung der Thüringer Kulturlandschaft durch ein Kulturgesetz ein unabdingbarer Bestandteil einer rot-rot-grünen Koalition bleiben müsse.

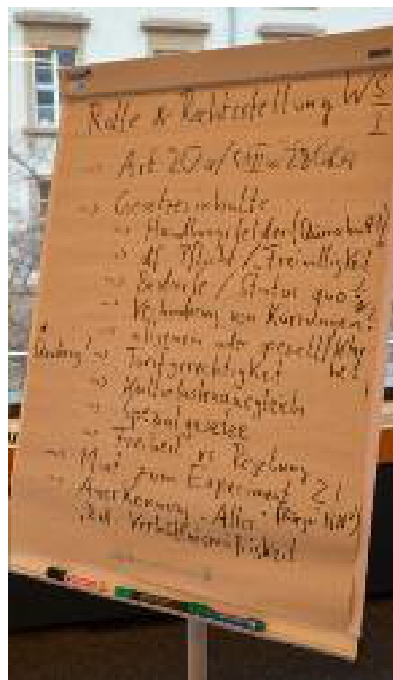
Dr. Regine Ahlert  
Fotos: Peter Lahn



unter kulturpolitischen Akteurinnen und Akteuren seit Jahren hoch angesehen ist, ging in seinem Impulsreferat auf die bereits vorhandenen Beispiele von Kulturgesetzen in Nordrhein-Westfalen und auch in Sachsen ein und



Rege diskutiert wurde in den vier Workshops der Kulturwerkstatt. Mit ihrer Anmeldung hatten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bereits entschieden, ob sie sich intensiver mit der Rolle und Rechtstellung von Kultur beschäftigen wollten oder mit der Bewahrung kultureller Vielfalt und der Stärkung von Fläche und Stadt. Die beiden anderen Workshops standen unter der Überschrift „Kulturelle Infrastruktur“ bzw. „Kulturelle Bildung“. Die Ergebnisse der Workshops wurden abschließend präsentiert.



Die kulturpolitischen Sprecherinnen der drei Koalitionsfraktionen (v. links) Katja Mitteldorf, DIE LINKE, Dorothea Marx (SPD) und Madeleine Henfling (Bündnis 90/Die Grünen) waren begeistert: „Die Kulturwerkstatt ist eine weitere wichtige Etappe auf dem Weg zu einem Thüringer Kulturgesetz. Die vielen Anregungen, die wir dabei erhalten haben, werden wir bei unserem weiteren Arbeitsprozess berücksichtigen und uns inhaltlich weiterhin eng mit den Thüringer Kulturakteurinnen und -akteuren abstimmen.“

# Die „Thüringer Rose“ für selbstlosen Einsatz

Dr. Heide Wildauer ist mit großer Leidenschaft ehrenamtlich engagiert

Einmal im Jahr werden Mitbürgerinnen und Mitbürger mit der „Thüringer Rose“ geehrt. In Erinnerung an die Heilige Elisabeth von Thüringen wird seit 1993 mit dieser Auszeichnung das ehrenamtliche Engagement von Menschen gewürdigt, die sich in selbstloser Weise für hilfsbedürftige Mitmenschen einsetzen.

Sozialministerin Heike Werner sagte: „Der persönliche Einsatz dieser Menschen verdient unseren Dank und unsere große Anerkennung. Mit der ‚Thüringer Rose‘ sollen sie in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt werden. Sie soll Anerkennung für Geleistetes sein und Mut machen für Künftiges.“

Jetzt war es wieder soweit. Am 19. November, dem Tag der Heiligen Elisabeth, wurden im Festsaal der Wartburg zwölf Bürgerinnen und Bürger mit der „Thüringer Rose“ ausgezeichnet. Die Heilige Elisabeth war im Jahr 1211, vor über 800 Jahren, als Kleinkind nach Thüringen gekommen. Sie setzte sich als spätere Thüringer Landgräfin ganz besonders für kranke und arme Menschen ein. Auch die diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträger der Thüringer Rose übernehmen Verantwortung und handeln selbstlos, ermöglichen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Neben der Begrüßung und Würdigung durch Ministerin Heike



Werner gab es eine musikalische Umrahmung durch das Amalia-Quartett der Staatskapelle Weimar.

An der Veranstaltung teilgenommen hat für die Landtagsfraktion DIE LINKE deren sozialpolitische Sprecherin Karola Stange. Ihr war es eine besondere Freude der früheren Abgeordneten Dr. Heide Wildauer zur Ehrung gratulieren zu können (s. Foto). Sie war von 1994 bis 2004 Mitglied der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag, engagierte sich als Vorsitzende des Kommunalpolitischen Forums sowie als PDS-Fraktionsvorsitzende im Kreistag Gotha. Nach dem Ausscheiden aus dem Landtag war und ist sie unermüdlich und mit hohem per-

sönlichem Einsatz ehrenamtlich tätig. Mit großer Leidenschaft arbeitete sie viele Jahre im Vorstand der Thüringer Philharmonie Gotha mit. Bis zum Jahr 2015 waren sie auch Mitglied des Verwaltungsrates der Helios-Klinik Gotha. Dabei hatte sie stets das Wohl der Hilfsbedürftigen im Blick.

Vor allem als Vorsitzende im Kreisverband Gotha der Volkssolidarität bringt Heide Wildauer ihre Kraft und Ideen ein. Unter ihrer Mithilfe konnten regelmäßige und vielfältige Angebote für die Mitglieder sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger gemacht werden, etwa Veranstaltungen zu politischer Bildung, Gesprächsrunden mit prominenten Gästen und vor allem auch Treffen, die ein gemütliches und geselliges Beisammensein ermöglichen.

Das breite Angebot im Klub „Galletti“ Gotha kommt besonders einsamen Menschen zu Gute. Sie können so wieder mehr am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Gemeinsam mit dem Seniorbeirat organisierte Heide Wildauer die Kinder-Senioren-Akademie, die sich durch eine intensive Zusammenarbeit mit zwei städtischen Kindergärten auszeichnet. Bei diesem preisgekrönten Projekt steht neben der Wertevermittlung und auch das Verständnis für andere Kulturen im Vordergrund.

Steffi Schmidt

## Einladung zur 2. Meininger Energiekonferenz

Zur 2. Meininger Energiekonferenz lädt die Linksfraktion am Sonntag, den 10. Dezember, in der Zeit von 10.00 bis 16.00 Uhr ins Berufsbildungs- und Technologiezentrum Rohr (BTZ), Klosterkirche, ein.

Unter der Überschrift „Wärmeenergie - der schlafende Riese bei erneuerbaren Energien“ geht es um die Potentiale für Energieeinsparung bei der Versorgung mit Raumwärme, Prozesswärme in Produktion und auch die Warmwasserversorgung. Aber auch die Überlegung, Wärme als Speicher für erneuerbare Energien (Power to heat) zu nutzen, ist ein Denkansatz, der weiter verfolgt werden muss. Darüber wollen wir gemeinsam reden und diskutieren, Wege zeigen, was heute möglich ist, und schauen, was die Zukunft bringt.

### Programmablauf:

10.00 Eröffnung: Steffen Harzer, Sprecher für Energiepolitik und Klimaschutz, Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

10.10 Ein Jahr nach Paris, wie handelt Rot-Rot-Grün? Anja Siegesmund, Ministerin, Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz

10.30 Energiewende in der Erfurter Wärmeversorgung, Karel Schweng, Ge-

schäftsführer SWE Energie

11.30 Das Energiesystem Deutschlands im Jahr 2050 und die Konsequenzen für die Thüringer Energiepolitik, Prof. Viktor Wesselak, Hochschule Nordhausen, Institut für regenerative Energietechnik

12.00 Moderierte Diskussion: Zukunft des Wärmemarktes mit erneuerbaren Energien, A. Siegesmund, K. Schweng, Prof. V. Wesselak

13.00 Industriewärme - Möglichkeiten und Wege erneuerbarer Energien in der Industrie? Hartmuth Röser, IHK Südthüringen, Abteilungsleiter Innovation/Umwelt/International

13.30 Die Wärmewende und der Beitrag des Handwerks, Michael Bickel, BTZ Rohr, Handwerkskammer Südthüringen

14.00 Politik und Energiewende, Ralph Lenkert, Umweltpolitischer Sprecher und Sprecher für Forschungs- und Technologiepolitik, Fraktion DIE LINKE im Bundestag

14.30 Podiumsdiskussion: Industrie, Handwerk und Politik gemeinsam für die Energiewende? H. Röser, M. Bickel, R. Lenkert

15.00 Besuch der Ausstellung zur energetischen Bausanierung im Praxiszentrum Energieeffizienz Handwerk

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.

## Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

### Gebietsreform, ein CDU-Märchen

Es war einmal, da hatte Thüringen noch 350.000 Einwohner mehr als heute, aber auch mehr als doppelt so viele Landkreise. Da beschlossen die regierenden Parteien CDU und FDP, den ländlichen Raum anzugreifen. Finstere Schurken waren schnell gefunden, die als „Expertenkommission“ diktierten, die Landkreise von 35 auf 17 zu reduzieren. Schaurig drang es aus Grüften unter der Staatskanzlei. Im Landtag stimmte die CDU/FDP-Mehrheit brutal für die Vernichtung der Heimat. Im Schreckensjahr 1994, zu dessen Beginn ein abscheulicher Komet am Himmel zu sehen war, sollte es soweit sein.

Doch es regte sich Widerstand. Bürgermeister, denen es nicht um ihren Posten ging, verbündeten sich mit Rechtsanwälten, denen es nicht ums Geschäft ging, und kündigten den Schergen der Regierung Klagen an. Das wackere Eichsfeld drohte mit dem Wechsel nach Niedersachsen, Südthüringen wollte nach Bayern. Die Opposition aus SPD, PDS und Grünen tat das einzig Vernünftige und stellte der Regierung ein Ultimatum: sie werde überhaupt nur mit ihr sprechen, wenn der Landtagsbeschluss kassiert werde!

Ministerpräsident Vogel zog daraufhin im Büberhemd zum Landtag und bat seine Koalition unter Tränen, das Gesetz zurückzunehmen. Das geschah einstimmig. In die Landesverfassung wurde eine Ewigkeitsgarantie für Kommunalstrukturen aufgenommen. Die Expertenkommission jagte man aus dem Land. Das Eichsfeld bekam Autonomie und hat einen Botschafter im Vatikan. Südthüringer Kommunen dürfen ihrem Namen ein a. W. Ä. anhängen (für „am Weißwurst-Äquator“). Die CDU löste sich aus Scham auf. Die FDP war schon weitgehend politisch ausgestorben.

Frohlich fassten sich alle an den Händen und tanzten in Baströcken in ihren Kreisfarben. Und das tun sie noch heute.